

Druck- und Pressehaus Naumann

Brachtal - 18.02.2014 19:09 Uhr
Liste offener Punkte wird abgearbeitet

Brachtal-Schlierbach (ael). Leicht gereizt erschien die Stimmung in der Eröffnungsphase der jüngsten Sitzung des Schlierbacher Ortsbeirates, obwohl nach den im Vorfeld terminierten „klärenden Gesprächen“ zwischen dem Ortsvorsteher Jörg Hartwig und Brachtals Bürgermeister Christoph Stürz eigentlich eine Annäherung der Lager hätte vermutet werden können.

Seit längerem ist die Stimmung im Ortsbeirat in Richtung Verwaltung gereizt, denn wie in vergangenen Sitzungen mehrfach angemahnt, war „die Liste der offenen Aufgaben“ nach Meinung des Ortsbeirates seitens der Verwaltung nicht abgearbeitet. Dies sollte nun ein Ende haben und aus diesem Grund kam es in den vergangenen Wochen zu direkten Gesprächen. Wie Ortsvorsteher Jörg Hartwig in seiner Eröffnung darlegte, kam es zu einer nichtöffentlichen Sitzung des Ortsbeirates gemeinsam mit dem Bürgermeister, in der die Liste besprochen, offene Fragen dazu aufbereitet und daraus eine Handlungsvorgabe für die Verwaltung erstellt wurde.

Als Vorbereitung zur nun anberaumten öffentlichen Sitzung sollten sich dann nochmals der Ortsvorsteher und der Bürgermeister im Vier-Augen-Gespräch treffen, um eine bessere Linie im gegenseitigen Umgang zu finden. Auf Unmut stieß im Nachgang dazu aber seitens der CDU-Mitglieder im Ortsbeirat, das zu diesem Termin dann auch der stellvertretende Ortsvorsteher Anton Mutter erschien und damit der Sinn des Gespräches, dem klärenden Gespräch eine „Zwei zu Eins“-Situation wurde. Jörg Hartwig übergang den offenen Vorwurf seiner Fraktionskollegen geflissentlich, räumte nur kurz ein, dass der gewünschte Effekt der „kleinen Runde“ nicht eingetreten sei. Er rief alle Sitzungsteilnehmer auf, wieder in den Arbeitsmodus zu gehen und die Liste nun endlich abzuarbeiten.

„Die Liste“, das ist ein seit dem 28. Juni 2011 geführtes Protokoll, das über 50 Punkte aufzeigte, die seitens der Gemeindeverwaltung im Lauf der vergangenen Jahre in Umsetzung gebracht werden sollten. Dabei standen viele der Punkte in Zusammenhang mit Hochwasserschäden und Klagen von Anwohnern welche die öffentlichen Verkehrsflächen betreffen. Das Gremium ging alle Punkte durch und wertete den Stand, wonach zwei Drittel nach erfolgreicher Umsetzung in den Status „erledigt“ gehoben wurden. Ein Großteil der verbleibenden Punkte befinden sich aktuell in Arbeit, wenige können nicht umgesetzt werden, da laufende Planungen übergeordneter Stellen abzuwarten sind oder aktuell kein Bedarf erkannt wird.

Mehr dazu lesen Sie in der GNZ vom 19. Februar.